



Polen in der Europäischen Union

von Christoph Doktor

Der Schlüssel zum Verständnis der Aussenpolitik Polens liegt in der polnischen Geschichte. Der Verlust der Unabhängigkeit am Ende des 18. Jahrhunderts, die darauf folgenden über einhundert Jahre staatlicher Nichtexistenz und nicht zuletzt die Erfahrung der erneuten Teilung und Besetzung des Landes während des Zweiten Weltkrieges mit der anschliessenden sowjetischen Dominanz haben das Bedürfnis nach Sicherheit zum bestimmenden Faktor des politischen Denkens und Handelns werden lassen. So sind die Gründe für die Westorientierung Polens nach dem Ende des Kalten Krieges in erster Linie sicherheitspolitischer und nicht wirtschaftlicher Natur: Die Perspektiven einer Mitgliedschaft Polens in der NATO und der Europäischen Union bildeten den sicherheitspolitischen Rahmen und die Grundlage für die wirtschaftliche und politische Entwicklung des Landes nach 1989.

Der historische Exkurs, mit dem der polnische Botschafter Dr. Jerzy Marganski seinen Vortrag am 25. Mai im Rahmen der Europa-Kolloquien-Reihe am Europainstitut begann, ermöglichte es den Zuhörern, einige der aktuellen polnischen aussenpolitischen Positionen, wie etwa in der Irak-Frage, besser zu verstehen und richtig einzuordnen. Vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen ist für Polen die Präsenz der USA in Europa für die europäische Sicherheit nach wie vor von grosser Bedeutung, hier unterscheidet sich Polen sicherlich von einigen „Alt-Mitgliedern“. Eine Aufteilung des Kontinents in ein „altes“ und „neues“ Europa, wie es dem amerikanischen Verteidigungsminister Rumsfeld vorschwebte,

lehnte der polnische Botschafter jedoch entschieden ab.

Allerdings ist die Europäische Union der 25 Ländern nicht die gleiche wie es die EU der 15 war. Die erweiterte EU muss sich der neuen Situation stellen, auch wenn das Neue einige Verunsicherung verursacht. Die Debatten um den Irak-Krieg und die europäische Verfassung wertete Dr. Marganski in diesem Zusammenhang als Zeichen für mehr Demokratie. Es sei wichtig, dass die Altmitglieder die Tatsache anerkennen, dass manche Fragen in Prag oder Warschau aus etwas anderer Perspektive betrachtet werden als in Berlin oder Paris, aber möglicherweise gar nicht so anders als in London oder Madrid.

Jenseits der aktuellen aussenpolitischen und institutionellen Fragen bleibt die erfolgreiche Beendigung der Systemtransformation in Polen die wichtigste Aufgabe der polnischen Politik. Der 1989 beginnende Reformprozess, der von dem Polnischen Botschafter als ein „Experi-

ment ohne Präzedenz“ bezeichnet wird, verlief trotz nicht weniger Rückschläge erfolgreich: Nach 15 Jahren dieser „permanenten Revolution“ befindet sich 70% der Wirtschaft in privaten Händen, die Exporte wachsen zw. 10 und 20% im Jahr, dabei wird 66% des Aussenhandelsvolumens mit der EU abgewickelt. Die Industrieproduktion ist allein im Jahr 2003 um 14% gestiegen und die Wachstumsraten für das laufende Jahr werden auf bis zu 6,5 % geschätzt.

Diese positive Bilanz sollte aber den Blick für die immer noch enormen Probleme nicht verstellen. Die Arbeitslosigkeit in Polen beträgt an die 20% - dies ist vor allem ein strukturelles Problem: 18% der Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft und erzeugen dabei weniger als 5% des BIP. Hier, wie im Bereich der Bergwerke und Stahlindustrie, trifft die Systemtransformation auf die grössten Schwierigkeiten. Bei den notwendigen Reformen in diesen Bereichen gibt es keine Patentrezepte. Die Lösung - so Dr. Marganski - muss ein System sein, das sozialpolitische mit wirtschaftlichen Elementen verbindet - dafür wird der grösste Teil der Gelder aus Brüssel verwendet werden müssen. Dabei setzt man vor allem darauf, dass durch Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und Umweltschutz neue Arbeitsplätze entstehen.

Veranstaltungshinweise

1. September 2004, 18.15 Uhr
Prof. Heinrich Koller, Direktor des Bundesamtes für Justiz kommentiert nach der GV der Fördervereins die schweizerische Teilnahme am Schengen-Abkommen.
 Öffentlicher Vortrag. Europainstitut Basel

18. Oktober 2004, 18.15 Uhr
Prof. Richard Baldwin, Graduate Institute of International Studies, HEI, Genf
 „The Constitutional Treaty: Devil in the Details“

Upcoming Events

Museum der Kulturen, Aula, Augustinergasse 2

Exkursionen für Studierende
 Montag, 28. Juni 2004: Strasbourg (Parlament, EMRK-Gerichtshof, Euro-parat)

Dienstag, 6. - Freitag 9. Juli 2004: Luxembourg, Brüssel (Programm: EuGH, Rechnungshof, Kommission, Schweizer Mission, Economiesuisse, Parlament)